



Kommentar

Hannes Androsch



HANNES ANDROSCH
markt@vn.at

Dr. Hannes Androsch ist Finanzminister i. R. und Unternehmer.

Importierte Teuerung

Schocks und Krisen, geopolitische und weltwirtschaftliche Verwerfungen haben uns aus der Ära der Bequemlichkeit, Verwöhnung und Verschwendung in eine Zeit der Knappheit und Entbehrung versetzt. Vor allem die Auswirkungen von Putins Aggressionspolitik, in Verbindung mit Sanktionen und Lieferbeschränkungen, sowie die Folgen chinesischer Lock-downs als Konsequenz von Pekings Zero-Covid-Politik beschränken und gefährden aktuell – und wohl auch längerfristig – weltweit die Versorgung mit Energie und Nahrungsmitteln.

Hierzulande wird die Situation noch wegen einer jahrzehntelang realitätsfernen Klimapolitik inklusive verfehlter Energiewende verschärft, die nun Angebotslücken und Versorgungsgefährdung herbeigeführt hat. So wurde etwa bei Kohle- und Atomkraft voreilige Ausstiegs- oder überhaupt Verhinderungspolitik betrieben, ohne dass vorab und rechtzeitig Alternativen aufgebaut wurden.

Im Ergebnis ist eine gravierende Angebotsknappheit entstanden und eine vornehmlich importierte Preisexplosion ausgelöst worden. Die Folge ist eine globale Wirtschaftseinschränkung – mit der Gefahr, dass sich diese in eine massive Rezession ausweitet. Daher ist es auch illusorisch zu glauben, man könnte mit milliardenschweren Einmalzahlungen, noch dazu nach dem treffunsicheren Gießkannenprinzip, länger anhaltende Preiserhöhungen ausgleichen und derart eine

„Wohlfühl-inflation“ erzeugen. Dies ist ein teurer Irrweg, für den später eine umso höhere Rech-

nung präsentiert werden wird. Schließlich wächst das Geld nicht auf den Bäumen, weshalb auch seltsame Steuerideen oder Umverteilungsvorstellungen keine Lösung sind. Sehr wohl aber gilt es, die Einkommensschwächsten rasch, treffsicher und wirkungsvoll zu unterstützen.

Eine Überwindung der eingetretenen Kaufkraftlücke und Wohlstandseinbußen verlangt v.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie zur Schließung der Angebotslücke und Beseitigung der Kaufkraftverluste. Dies erfordert sowohl Einsparungen als auch Effizienzsteigerungen und Innovationsbeschleunigung. Notwendig ist zudem eine realistische und v.a. technologieoffene Politik zur Sicherung einer erschwinglichen Energie-, Nahrungsmittel- und Wasserversorgung. Die Rückkehr zu Braunkohlekraftwerken ist hingegen unübertreffbare Schildbürgerei.

Es braucht also ein konzentriertes wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, entwickelt unter Einbeziehung der Sozialpartner, um endlich auch die exzessiven Lohnnebenkosten senken (Stichwort: mehr Netto vom Brutto) und die wettbewerbsschädigenden Rekordarbeitskosten verringern zu können. Doch erst die entschlossene Umsetzung eines solchen Konzepts kann das heillose Chaos überwinden und verlorenes Terrain wieder wettmachen.